



FAKULTÄT FÜR
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

Forschungsbericht 2016

Lehrstuhl BWL, insb. Unternehmensrechnung/Accounting

LEHRSTUHL BWL, INSB. UNTERNEHMENSRECHNUNG/ACCOUNTING

Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg
Tel. +49 (0)391 67 18493, Fax +49 (0)391 67 11722
<http://www.accounting.ovgu.de/>

1. Leitung

Prof. Dr. Anne Chwolka

2. HochschullehrerInnen

Prof. Dr. Anne Chwolka

3. Forschungsprofil

Analyse von Informations- und Koordinationsproblemen des Rechnungswesens mit Hilfe quantitativer entscheidungsanalytischer Methoden und informationsökonomischer Ansätze:

Im Bereich der externen Unternehmensrechnung steht die ökonomische Wirkungsanalyse nationaler und insbesondere internationaler Rechnungslegung im Vordergrund. Dabei wird das externe Rechnungswesen als Informationsinstrument verstanden, welches auf vielfältige Weise Entscheidungsprozesse in einem Unternehmen beeinflusst. Im Bereich der internen Unternehmensrechnung geht es um die Gestaltung anreizkompatibler Mechanismen zur Steuerung dezentraler Entscheidungen. Neben der Frage, ob eine Harmonisierung und wie eine Koordination von internem und externem Rechnungswesen sinnvoll anzustreben ist, wird der institutionelle Rahmen analysiert. Schwerpunktthema im Bereich der Corporate Governance bildet die Sicherstellung der Qualität von Wirtschaftsprüferleistungen, insbesondere der Unabhängigkeit und der Prüferhaftung im Rahmen verschiedener wirtschaftlicher Überwachungsmaßnahmen.

4. Kooperationen

- BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)

5. Forschungsprojekte

Projektleitung: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeitung: Toni Krüger, M. Sc.

Förderer: Haushalt; 01.01.2014 - 31.03.2018

Das bilanzpolitische und finanzwirtschaftliche Potential von Rückstellungen dargestellt am Beispiel der Pensionsrückstellungen

Der demografische Wandel und deren Auswirkungen auf die umlagefinanzierte Rentenversicherung ist eines der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Die betriebliche Altersversorgung (bAV) ermöglicht hierbei die eigenverantwortliche und kapitalgedeckte Absicherung des Altersruhestandsniveaus in Kooperation mit dem Arbeitgeber. Mit der verbindlichen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) rückt zusehends die Bilanzierung der Direktzusage, als nach Deckungsmitteln bedeutendster Durchführungsweg, in das Blickfeld der Unternehmen. Hierbei stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Direktzusage auf die Unternehmensbilanz hat und wie sich diese durch die Bildung von Pensionsrückstellungen beeinflussen lässt. Eine Vielzahl an Wahlrechten und

Ermessensspielräumen ermöglichen es hierbei dem Management gezielt Bilanzpolitik zu betreiben. Insbesondere die Erwartungshaltung über künftige Rechnungsgrundlagen und die Möglichkeit nach Art 67 Abs. 1 EGHGB, den ergebnismindernden Einmaleffekt im Zuge der BilMoG Umstellung über 15 Jahre zu verteilen, ermöglichen eine Analyse und Interpretation des gewählten Bilanzierungsverhaltens. Vor diesem Hintergrund sollen u.a. nachfolgende Fragestellungen theoretisch und auch empirisch untersucht werden: Wovon hängt die Entscheidung über den Durchführungsweg der bAV ab? Welche Ziele verfolgt das Management mit der Bilanzierung der Direktzusage und welchen Einfluss hat dies auf den handelsrechtlichen Jahresabschluss? Welche unternehmensspezifischen Faktoren beeinflussen die Ausübung von Wahlrechten und Ermessensspielräumen bei der Direktzusage?

Projektleitung: Prof. Dr. Anne Chwolka
Projektbearbeitung: Patrick Hüser, M.Sc.
Kooperationen: BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Förderer: Fördergeber - Sonstige; 01.04.2014 - 30.09.2017

Risikomanagement von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Das Thema des Risikomanagements innerhalb der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Zuge der globalen Finanzkrise und der europäischen Regulierung der Abschlussprüfung an Bedeutung gewonnen. Ähnlich wie Banken und Finanzdienstleister sehen sich auch Prüfungsgesellschaften mit einem zunehmenden regulatorischen Paket an Anforderung an das interne Risikomanagementsystem konfrontiert. Somit erfolgt eine aufsichtsrechtliche Beeinflussung risikoorientierter Entscheidungen in zentralen Bereichen wie der Zusammenstellung des Dienstleistungsportfolios oder der Mandantenauswahl.

Ein ganzheitliches Risikomanagementsystem geht dabei über das klassische Prüfungsrisikomodell des IDW PS 261 und dessen Steuerungsfunktion weit hinaus. Die Frage nach der praktischen Wahrnehmung sowie der effizienten Umsetzung aufsichtsrechtlicher Steuerungsmaßnahmen tritt innerhalb von Veröffentlichungen wie Transparenz- und Risikoberichten nicht immer zu Tage.

Im Zuge dessen sollen folgende Kernpunkte theoretisch fundiert und durch eine fragebogengestützte Analyse geklärt werden: Was charakterisiert die spezifische Risikosituation von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften? Was kennzeichnet effizientes Risikomanagement von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften? In welchen Kernprozessen können Risiken effizient gemanaged werden? Wie sind die aufsichtsrechtlich geforderten Komponenten des Risikomanagements in der Prüfungspraxis verankert?

Projektleitung: Prof. Dr. Anne Chwolka
Projektbearbeitung: Dipl.-Kfm. Danny Behrendt
Förderer: Haushalt; 01.07.2011 - 30.06.2016

Die Rolle von Versicherungen für die Corporate Governance von Unternehmen

Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen für Unternehmensorgane (D&O-Versicherungen) haben, ausgehend von den USA, in Deutschland in den letzten Jahren eine zunehmende Verbreitung gefunden. Sie werden von Unternehmen zugunsten ihrer Organe für Schäden abgeschlossen, die aufgrund unwissentlicher Pflichtverletzungen entstehen. Grundlegende Bestandteile des Versicherungsvertrages sind die Deckungssumme, Haftungsausschlüsse, die Versicherungsprämie und ein eventueller Selbstbehalt. Solche von Unternehmen abgeschlossene Versicherungen entfalten verschiedene ökonomische Anreize für Entscheidungsträger, die im Rahmen der Corporate Governance beachtet werden sollten. So kann eine Haftungsbegrenzung der Unternehmensorgane etwa zu einer höheren Risikobereitschaft bei betrieblichen Entscheidungen führen. Der deutsche Gesetzgeber sah sich in diesem Zusammenhang zu einer stärkeren Reglementierung von D&O-Versicherung veranlasst. Er führte, einer Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex folgend, im Jahr 2009 mit dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandvergütung (VorstAG) einen verpflichtenden Selbstbehalt bei D&O-Policen ein. International findet diese Regulierung keine Entsprechung, allerdings wurden in einigen Ländern (z.B. Kanada) Publizitätspflichten bezüglich von Details des Versicherungsvertrages eingeführt. Vor diesem Hintergrund sollen folgende Fragestellungen analysiert werden: Welche Anreize gehen von D&O-Versicherungen aus? Nutzt eine D&O-Police eher dem Unternehmen oder seinen Organen? Welche Vorgaben sollte der Staat für solche Versicherungsverträge machen? Sind die jüngsten

Gesetzesänderungen zum Selbstbehalt diesbezüglich angemessen? Welche Erkenntnisse lassen sich empirisch und modelltheoretisch ableiten?

Projektleitung: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeitung: Sven Wegner, M.Sc.

Förderer: Haushalt; 16.10.2014 - 31.03.2018

Effiziente Kombination von Wertschätzern für eine akkurate Bewertung

Für die Wertbestimmung von Unternehmen und zur Bilanzierung von Vermögensgegenständen haben sich unterschiedliche Bewertungsgrundlagen etabliert, die das International Accounting Standards Board (IASB) im Rahmenkonzept für die Aufstellung und Darstellung von Abschlüssen auflistet. Dazu zählen die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, der Tageswert, der Veräußerungswert sowie der Barwert. Die Bestimmung von Vermögensgegenstandswerten erfolgt oftmals durch den beizulegenden Zeitwert (Fair Value), dem in der aktuellen Bilanzierungspraxis eine immer größere Bedeutung zukommt. Mit der Einführung des IFRS 13 durch den IASB wurde daher ein einheitlicher Standard zur Bestimmung des Fair Value von Vermögensgegenständen geschaffen. Neben Marktpreisen und Diskontierungsmodellen kann zur Bestimmung des Fair Value auch auf vergleichende Bewertungsmethoden zurückgegriffen werden. Als vergleichende Methode auf Basis eines marktorientierten Ansatzes setzt sich das Multiplikatorverfahren in der Praxis immer mehr als unterstützende Bewertungsmethode oder Hauptbewertungsmethode bei Anfangs- und Folgebewertungen durch. Eine Frage in diesem Zusammenhang nachgegangen ist, inwieweit das Multiplikatorverfahren und andere Bewertungsmethoden Unternehmens- und Investorenentscheidungen beeinflussen. Auch gilt es zu beantworten, welche aktuelle Rolle marktorientierte Bewertungsansätze bei Investoren und Vermögensberatern spielen. Verschiedene Bewertungsmethoden liefern zum Beispiel verschiedene prognostizierte Preise von Unternehmensanteilen. Diese Prognosen differieren in aller Regel von (zukünftigen) Börsenpreisen des bewerteten Underlying. Eine Kombination von verschiedenen Bewertungsmethoden kann unter Umständen die relative Abweichung zu diesen Börsenpreisen verringern und zu genaueren Schätzwerten führen. Die Suche geeigneter Bewertungsheuristiken soll zunächst theoretisch fundiert und dann durch eine empirische Analyse getestet werden.

6. Eigene Kongresse, wissenschaftliche Tagungen und Exponate auf Messen

Interne Kontrollsysteme, PwC Workshop

7. Veröffentlichungen

Dissertationen

Bensemman, Tina; Schöndube-Pirchegger, Barbara [GutachterIn]; Chwolka, Anne [GutachterIn]

Optimale Anreizverträge auf Basis nichtverifizierbarer Beurteilungsgrößen. - Magdeburg, 2015; X, 316 Seiten: Illustrationen

[Literaturverzeichnis: Seite 309-316];

Bock, Julita Magdalena; Chwolka, Anne [GutachterIn]

Risikomanagement in börsennotierten Industrie- und Handelsunternehmen - zum Stand der Umsetzung und Nutzung als Instrument der Unternehmensführung. - Göttingen: Cuvillier Verlag, 2016, 1. Auflage; XIII, 192 Seiten: Illustrationen, Diagramme; 21 cm, ISBN 3736993250;